

## Antrag

Die Stadtvertretung möge folgende Resolution beschließen:

# Wasser ist Menschenrecht

## Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein.  
**Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich.**

Die Stadt Kappeln spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungs Agenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarkt Regelung fallen.

**Wir fordern die Europäische Union stattdessen auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren.**

Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft geht vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

## Begründung

Auf EU-Ebene wird zurzeit über ein Gesetzespaket zur Neuregelung des öffentlichen Vergaberechts beraten. Dies beinhaltet auch eine Richtlinie über die Konzessionsabgabe. Dort sollen auch Regeln zur Konzessionsvergabe für den Bereich der Trinkwasserversorgung getroffen werden. Nach den derzeit geltenden Richtlinien ist die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ausdrücklich vom Anwendungsbereich der EU-Vergabereichtlinien ausgenommen. Die geplante Richtlinie birgt die Gefahr einer Privatisierung gegen den Willen der Kommunen.

Noch ist nichts entschieden, im EU Parlament steht dieser Punkt im Mai auf der Tagesordnung.

Die Wasserversorgung ist ein zentrales Element der Daseinsvorsorge und darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Die Kommunen müssen sich deshalb parteiübergreifend dafür einsetzen, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand gesichert bleibt.

Für die Fraktion B90 / Die Grünen, 1.3.2013

Michael-Sven Schattka, Fraktionssprecher

Norbert Dick

**Am 24.4.2013 einstimmig in der Stadtvertretung beschlossen.**